

Das deutsche Rätsel: Warum wir Exportweltmeister und Schlusslicht zugleich sind*

Hans-Werner Sinn

ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München

1. Das Exporträtsel

Deutschland steht vor einem Rätsel. Der Export läuft prächtig, doch der Arbeitsmarkt krankt, und das Wachstum lahmt. Wie das zusammenpassen soll, ist selbst Ökonomen schwer verständlich. Deutschland hat ein massives Erkenntnisproblem.

Die Politiker glauben, klar zu sehen. Die Linken behaupten, wir seien Exportweltmeister und der Anstieg der Arbeitslosigkeit sei nur auf die Sozialhilfeempfänger zurückzuführen, die nach Hartz IV als arbeitslos gezählt werden. Die Rechten wiederum schieben die Schuld für die Arbeitslosigkeit der rot-grünen Regierung in die Schuhe.

Wenn es doch so einfach wäre! Erstens sind wir nicht Exportweltmeister, sondern mit 9% Rückstand hinter den USA Vize, was aber auch recht gut ist.¹ Weltmeister sind wir bei den Waren, also wenn man die Dienstleistungen von den Exporten abzieht. Zweitens kompensiert der rechnerische Anstieg der Arbeitslosigkeit größtenteils nur die Versteckaktionen der Jahre 2003 und 2004. Die Institute gehen davon aus, dass wegen Hartz IV im Jahresdurchschnitt etwa 210.000 Personen mehr gezählt werden, was ziemlich genau den 230.000 Arbeitslosen entspricht, auf deren Registrierung in den Jahren 2003 und 2004 aus verschiedenen Gründen verzichtet wurde.² Auch ohne Hartz IV lag die Arbeitslosigkeit im Winter 2004/2005 auf dem höchsten Niveau der Nachkriegszeit, und das mitten im stärksten Boom der Weltwirtschaft seit 28 Jahren! Drittens trugen die Regierungen Brandt, Schmidt, Kohl und Schröder gleichermaßen Verantwortung für den Aufbau der Arbeitslosigkeit, der nun schon 35 Jahre lang stattfindet. Es handelt sich

*Böhm-Bawerk Lectures, Österreichische Akademie der Wissenschaften, 11. Januar 2006.

1. Vgl. WTO (2005).

2. Vgl. Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (2004, S. 24).

hier wahrlich nicht um ein Problem, das man einer bestimmten Partei in die Schuhe schieben kann.

Deutschland ist seit langem auf der schiefen Bahn, nur nähert sich das Land seit der Beteiligung der ex-kommunistischen Länder am Welthandel allmählich dem Punkt, wo es kein Halten mehr gibt. Der Rückblick auf das vergangene Jahrzehnt müsste dem Letzten klar machen, dass sich der bisherige Weg nicht fortsetzen lässt. In der Zeit von 1995 bis 2005 ist kein anderes EU-Land langsamer gewachsen als Deutschland. Bis auf vielleicht die Schweiz gibt es auch bei den europäischen Ländern, die nicht zur EU gehören, keines, das noch langsamer als Deutschland gewachsen ist. Dieses blamable Ergebnis liegt nicht an der Stagnation in den neuen Bundesländern, denn sogar Westdeutschland für sich genommen ist EU-Schlusslicht. Es wuchs in dem genannten Zehn-Jahres-Zeitraum um etwa 14%, während die neuen Bundesländer nur um 7% wuchsen.³ Das Ergebnis ist auch nicht darauf zurückzuführen, dass wir schon da sind, wo die anderen erst noch hinwollen, wie Franz Müntefering meint. Frankreich, Großbritannien, Holland, Österreich, Finnland und Irland haben uns beim Sozialprodukt pro Kopf in den letzten sechs Jahren überholt.

Nach offizieller Lesart haben Deutschlands Wirtschaftsprobleme nichts mit dem Ausland zu tun. Ob Weltmeister oder Vizeweltmeister, Deutschland ist stark beim Export; seine Waren sind international „heiß begehrt“, wie sogar kühle Experten schreiben. Der Boom der Exporte scheint zu belegen, dass wir zu den Gewinnern der Globalisierung gehören und nach wie vor wettbewerbsfähig sind. Arbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche werden auf eine „fehlende Binnennachfrage“ oder eine „schwache Binnenkonjunktur“ zurückgeführt, die nicht durch außenwirtschaftliche Kräfte verursacht seien. Mit seinem Gutachten *Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland* macht sich der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zum Protagonisten dieser Sichtweise.⁴

Aber der Rat irrt. Exportboom und innere Wachstumsschwäche sind keine getrennten Ereignisse, sondern ökonomisch eng zusammenpassende Teile eines Entwicklungsprozesses, bei dem sich die Firmen und ihre Arbeitnehmer voneinander lösen, weil letztere den Sozialstaat, erstere aber Niedriglöhner aus aller Welt als Optionen vor Augen haben.

2. Fluchtreaktionen

Die deutschen Unternehmen gehen dem Streit mit den Gewerkschaften und der Lohnkonkurrenz des Sozialstaates aus dem Weg, indem sie auf

3. Westdeutschland ohne Berlin, Ostdeutschland einschließlich Berlin; vgl. Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2005); Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2005).

4. Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2004).

Das deutsche Rätsel

Investitionen in Deutschland verzichten. Die deutsche Nettoinvestitionsquote war in den Jahren 2003 und 2004 die niedrigste unter allen OECD-Ländern. Die Nettoinvestitionen lagen zuletzt bei nur noch 3% des Nettoinlandsprodukts.⁵ Im Jahr 2004 gingen die Investitionen in Gebäude und Maschinen um 0,2% zurück, obwohl sie angesichts des überschäumenden Booms der Weltwirtschaft, der das Welthandelsvolumen um 10% anziehen ließ, nach bisheriger Erfahrung eigentlich um bis zu 6% hätten steigen müssen – ein einmaliges Ereignis in der Nachkriegsgeschichte. Statt im Inland zu investieren, zogen die Deutschen die Auslandsinvestitionen vor. Im Jahr 2004 lag der Nettokapitalexport bei 4,5% des Nettosozialprodukts, also bei etwa 85 Milliarden Euro. Die Nettoauslandsinvestitionen der Deutschen waren damit bereits größer als die Nettoinvestitionen in Deutschland.⁶

Viele Unternehmen geben auf, schließen oder verkleinern ihre Betriebe und überlassen das Feld kampflos ihren ausländischen Wettbewerbern. Viele gehen in Konkurs. Die Zahl der Konkurse lag 2004 mit knapp 40.000 Fällen auf Rekordniveau. Die Zahl der Konkurse in Westdeutschland war dreimal so hoch wie vor 15 Jahren und fünfmal so hoch wie vor 25 Jahren.

Aber die meisten Unternehmen passen sich an und überleben, indem sie Menschen durch Maschinen ersetzen und ihre Waren im Ausland vorfabrizieren lassen. Durch Outsourcing und Offshoring, also den Kauf von Vorprodukten bei ausländischen Lieferanten und die Errichtung eigener Betriebsstätten im Ausland, nutzen sie neuerdings auch die Niedriglohngebiete, die durch den Fall des Kommunismus entstanden sind. Was die Großindustrie in Asien vorgemacht hat, wiederholt der Mittelstand derzeit in Osteuropa. Er globalisiert sich im Kleinen und bleibt dadurch wettbewerbsfähig.

Ob groß oder klein, die deutschen Firmen fliehen vor den hohen deutschen Arbeitskosten, die nach den dänischen die höchsten der Welt sind. Seit den siebziger und achtziger Jahren fliehen die Firmen zu den Robotern, doch seitdem der Eiserne Vorhang gefallen ist und die ex-kommunistischen Länder ihre Transformationskrise überwunden haben, fliehen sie auch zu den Polen und den Chinesen. In Westdeutschland liegen die Lohnkosten für Industriearbeiter bei 28 Euro pro Stunde. Im Durchschnitt der zehn EU-Beitrittsländer liegen sie indes unter vier Euro, bei gerade einmal 13%. In China betragen die Lohnkosten kaum mehr als einen Euro, aber in Korea schon zehn Euro, und in Japan 18 Euro. Selbst die Schweden sind um vier Euro billiger als wir, von den Briten und Franzosen ganz zu schweigen, die für sieben bis acht Euro weniger arbeiten.

Durch eine Mischkalkulation bei den Löhnen gelingt es der deutschen Wirtschaft im Verein mit ihrem Produktivitätsvorsprung, den Wettbewerbern

5. Vgl. OECD (2005); Berechnung des ifo Instituts.

6. Vgl. Statistisches Bundesamt (2005b) und Deutsche Bundesbank (2005a).

aus Europa und Asien die Stirn zu bieten. Den Forderungen der Gewerkschaften begegnet man mit Achselzucken. Bevor man sich auf Arbeitskämpfe einlässt, unterschreibt man den Tarifvertrag. Ruhe an der Front ist das Wichtigste, denn man will sich bei seinen Verlagerungsplänen nicht stören lassen. Je höher die Löhne, desto mehr verschiebt man die Gewichte bei der Mischkalkulation gen Osten und kommt so über die Runden.

Direktinvestitionen machen zwar nur einen kleinen Teil des oben bezifferten internationalen Kapitalverkehrs aus, und sie fluktuieren je nach Richtung des Akquisitionsgeschehens sehr stark im Zeitablauf. Der Löwenanteil des deutschen Kapitalexports fließt, wenig spektakulär, über das System der kommunizierenden Röhren der Finanzkapitalmärkte. Auch läuft das Outsourcing hin zu ausländischen Firmen nicht über Direktinvestitionen. Dennoch haben die Auslandsaktivitäten der deutschen Firmen beachtliche Größenordnungen angenommen.

Knapp 60% der mittelständischen Firmen von 1000 bis zu 5000 Beschäftigten hatten nach einer Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft bereits im Jahr 2002 Standorte außerhalb der alten EU errichtet,⁷ und nach der Direktinvestitionsstatistik der Deutschen Bundesbank haben deutsche Unternehmen schon mehr als dreieinhalb Millionen Stellen im Ausland geschaffen, selbst wenn man die Beteiligungen nur anteilig rechnet.⁸ Deutschland ist der größte Direktinvestor in Osteuropa, größer als die USA und größer als England und Frankreich zusammen.⁹

Viele glauben, die meisten Direktinvestitionen in Osteuropa seien schon vor dem offiziellen Beitritt der Ostländer gelaufen, und nun beruhige sich die Entwicklung. Davon kann nicht die Rede sein. Die Direktinvestitionen in Osteuropa wachsen mit enormem Tempo. Bis zum Ende des Jahres 2005 dürfte die Zahl der von deutschen Unternehmen in Osteuropa geschaffenen Stellen auf etwa 800 Tausend angestiegen sein und damit bereits die Zahl der in den vergangenen Jahrzehnten insgesamt in den USA geschaffenen Stellen erreicht haben.¹⁰ Nach einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages vom Frühjahr 2005 sind die osteuropäischen Beitrittsländer mittlerweile das wichtigste Ziel für Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland, gefolgt von China, den anderen osteuropäischen Ländern und den USA. Jedes zweite mittelständische Unternehmen mit einer Beschäftigtenzahl zwischen 200 und 1000 wollte im Jahr 2005 im Ausland investieren, und bei den größeren Unternehmen

7. Vgl. Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2005).

8. Vgl. Deutsche Bundesbank (2004, S. 16), sowie Berechnungen der ifo-Mitarbeiter Sascha O. Becker und Robert Jäckle, die direkten Zugang zu den Mikrodaten hatten.

9. Vgl. Eurostat (2005). Für Großbritannien liegen keine Angaben zum Direktinvestitionsbestand in Slowenien und in der Slowakei vor.

10. Vgl. Sinn (2005, S. 98).

Das deutsche Rätsel

ist dieser Anteil noch sehr viel höher. Der Anteil der auslandsaktiven Unternehmen, die ihre Investitionen in diesem Jahr abermals steigern wollten, war größer als je zuvor seit Beginn der Erhebungen im Jahr 1999.¹¹

Die Kunden der deutschen Firmen bemerken die Absatzbewegungen kaum, denn während arbeitsintensive Vorproduktketten verlagert werden, bleiben die kundennahen Endstufen der Produktion in Deutschland und werden sogar noch ausgebaut. Da man das „Made in Germany“ nicht preisgeben will, wird der Etikettenschwindel perfektioniert. Der Porsche Cayenne kommt scheinbar aus Leipzig, doch in Wahrheit steht das Band bei VW in Bratislava. In Leipzig wird noch der Antriebsstrang hinzugefügt. Wahrscheinlich kommt nicht einmal die Hälfte der Wertschöpfung dieses Wagens aus Deutschland. Kein Wunder, dass Porsche keine Probleme mit den deutschen Lohnkosten hat und Wendelin Wiedeking es für unnötig hält, mit China bei den Lohnkosten zu konkurrieren. (Man fragt sich nur, warum er gleichwohl Einfuhrzölle zum Schutz seiner Autos verlangt.) Deutschland entwickelt sich schleichend zu einer Basar-Ökonomie, die die Welt mit ihrer breiten Produktpalette beliefert, doch einen wachsenden Wertanteil ihrer Produkte in ihrem osteuropäischen Hinterland produzieren lässt.

Das bietet auch Chancen. Wir sind das Land der großen Industriemessen, auf denen sich präsentieren muss, wer auf dieser Welt etwas gelten will. 15 der 20 größten Messen der Welt finden in Deutschland statt. Nur fünf werden anderswo organisiert.¹² Und Deutschland selbst stellt auf diesen Messen das größte Spektrum an Waren aus. Deutschland beherbergt noch immer den Industriebasar der Welt. Die Reichhaltigkeit der in Deutschland erstellten Palette an Industriewaren ist im internationalen Vergleich ohne Beispiel. Deutschland ist das Land der stillen Stars des Mittelstands, die sich zu hunderten die Weltmarktführerschaft bei Nischenprodukten erobert haben.

Diese Position lässt sich weiter ausbauen. In den Endstufen der Produktionsketten, auf die sich Deutschland spezialisiert, entstehen nicht nur Arbeitsplätze beim Verschrauben von Fertigteilen, sondern vor allem auch hochwertige Arbeitsplätze im Design, bei den Ingenieurleistungen, beim Marketing und bei all den anderen Dienstleistungen, die mit der Verteilung von Waren verbunden sind. Deutschland kann seine Rolle als Drehscheibe des europäischen Handels, als Mittler zwischen Ost und West, weiter ausbauen und so seine traditionelle Rolle als Fabrik der Welt sinnvoll ergänzen.

Eigentlich könnten wir von Glück sagen, dass die Polen und Chinesen die industrielle Drecksarbeit für uns machen und wir die freigesetzten Industriearbeiter für die industriellen Endstufen, für den Dienstleistungssektor, für die Bauwirtschaft und für den High-Tech-Bereich verwenden können! Durch

11. Vgl. Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2005).

12. Vgl. Ausstellungs- und Messeausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V., Berlin 2005, auf Anfrage.

die Verlagerung wertvoller menschlicher Arbeitskraft auf höherwertige Tätigkeiten, die wir die Chinesen und Polen nicht machen lassen wollen, entstehen Handelsgewinne für Deutschland. Die Cayenne-Fertigung in Bratislava ist kein Problem für Deutschland, sondern ein Vorteil: ohne Bratislava kein Leipzig!

3. Wanderung in den Sozialstaat

Das Bild ist zu schön, um wahr zu sein. Irgendetwas passt nicht. Wieso sind wir Schlusslicht beim Wachstum, wenn wir von der Verlagerung der Arbeitsplätze so sehr profitieren, und warum die Horrormeldungen vom Arbeitsmarkt, die das Land derzeit in Unruhe versetzen?

Die Theorie vom Strukturwandel ist falsch. Die von den Chinesen, Polen und Robotern verdrängten Industriearbeiter werden nämlich nicht für höherwertige Stellen freigesetzt, sondern für gar nichts. Die offiziellen Statistiken zur Zahl der Arbeitsplätze zeigen das zwar nicht, denn durch die vielen Minijobs, Ich-AGs und Ein-Euro-Jobs wird der Blick auf die Realität vernebelt. Die Statistik weist für die Zeit von 1995 bis 2004 ein Plus von 1,06 Millionen Stellen aus. Aber wenn man die Teilzeitarbeitsplätze in Vollzeitäquivalente umrechnet, also z.B. zwei halbe Stellen als eine ganze rechnet, dann klärt sich der Blick.

Man sieht, dass Deutschland allein von 1995 bis zum Jahr 2004 nicht weniger als 1,09 Millionen Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe verloren hat, wobei die Schaffung zusätzlicher Stellen in den neuen industriellen Endstufen à la Leipzig schon herausgerechnet sind. Das entspricht der einen Hälfte des Bildes vom effizienten Strukturwandel.¹³

Doch leider passt die andere Hälfte nicht. Im Rest der Wirtschaft, wo die hochwertigen Stellen für die freigesetzten Industriearbeiter hätten entstehen müssen, hat sich das Beschäftigungsvolumen in der gleichen Zeitspanne nicht vermehrt. Ja, die Zahl der vollzeitäquivalenten Arbeitsplätze nahm dort sogar etwas ab (–170.000). Somit sank die gesamte deutsche Beschäftigung in Vollzeitstellen gerechnet in der Zeitspanne von 1995 bis 2004 um 1,29 Millionen Personen.

Die verdrängten Industriearbeiter sind nicht in höherwertige Stellen gewandert, auf denen sie mehr Einkommen verdienen können, sondern in die Freizeit und den Sozialstaat, sicherlich auch in die Schwarzarbeit. Von einer Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung, wie sie theoretisch hätte erwartet werden können, kann nicht die Rede sein. Dem Land misslingt der Versuch, sich auf die Kräfte der Globalisierung so einzustellen, dass es die

13. Vgl. hierzu und auch zum nachfolgenden Abschnitt Sinn (2005, S. 139 f.).

Das deutsche Rätsel

Handelsgewinne, denen es bis zum heutigen Tage seinen Wohlstand maßgeblich verdankt, weiter vergrößern kann.

Die deutschen Firmen trennen sich von ihren Arbeitern, ohne Ersatz zu schaffen. Die einen bleiben wettbewerbsfähig, die anderen nicht. Der Grund hierfür liegt in den hohen deutschen Lohnkosten für einfache Arbeit, die seit der Beteiligung der ex-kommunistischen Länder am Welthandel ein noch größeres Problem für den Arbeitsmarkt geworden sind, als sie ohnehin schon waren. Bevor der Eiserne Vorhang fiel, hatten die deutschen Arbeiter eine Monopolposition bei der Belieferung des deutschen Industriebasars, die in den siebziger und achtziger Jahren von den Gewerkschaften weidlich ausgebeutet wurde. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs wurde diese Monopolposition zerstört, denn nun bieten sich die ex-kommunistischen Niedriglöhner dem international mobilen Kapital als Standortalternative an. Die Gewinne der Firmen, die sich im Osten engagieren, entwickeln sich prächtig, und auch die anderen Firmen, die nicht dorthin gehen, profitieren von der Lohnmoderation, die die neue Konkurrenz erzwingt. Der DAX feiert neue Rekorde, die Anteilseigner verlangen und erhalten zweistellige Eigenkapitalrenditen, und die amerikanischen Private Equity Fonds reißen sich um die stillen Stars des deutschen Mittelstands.

Das Problem ist nur, dass die Firmen ihre Wettbewerbsfähigkeit genau deshalb erhalten und stärken, weil sie sich der deutschen Arbeiter entledigen und sie durch Rumänen, Bulgaren, Ungarn, Chinesen ersetzen. Arbeitsplätze werden in dem Sinne gerettet, dass ohne die Produktionsverlagerung noch mehr Arbeitsplätze verloren gegangen wären. Das Schiff fährt weiter, weil es einen Teil seiner Besatzung als Ballast über Bord wirft. Das ist gut für den Eigner des Schiffes und den Rest der Besatzung, der an Bord bleibt, aber nicht für jenen Teil, der, zum Ballast herabgewürdigt, auf den Boden des Meeres sinkt.

4. Lohnkonvergenz als Schicksal

Die deutsche Öffentlichkeit sieht dem Ganzen fassungslos zu. Die Entrüstung über die hohen Gewinne der DAX-Unternehmen bei gleichzeitigen Massenentlassungen, die Abschaffung des Bankgeheimnisses, die Forderung nach Offenlegung der Managergehälter und die Empörung Franz Münteferings über die amerikanischen Heuschrecken sind ohnmächtige Reaktionen auf eine Entwicklung, die das Gerechtigkeitsgefühl der Deutschen zutiefst verletzt. Man muss nicht „gleichheitskrank“ sein, um die Emotionen nachempfinden zu können.

Aber Werturteile und Moralvorstellungen führen nicht weiter, denn sie werden die ökonomischen Gesetze, die diese Entwicklungen hervorbringen, nicht verändern. Unter den ökonomischen Gesetzen ist es vor allem das Gesetz des Faktorpreisausgleichs, das für die deutschen Schwierigkeiten verantwortlich ist. Der Faktorpreisausgleich besagt im Wesentlichen, dass

sich die Arbeitslöhne zwischen den Handel treibenden Ländern gleicher Entwicklungsstufe einander annähern, weil Kapitalverkehr und Güterhandel faktisch einen einheitlichen Weltarbeitsmarkt schaffen. Widersetzt man sich dem Faktorpreisausgleich, dann entsteht die Arbeitslosigkeit, die wir in Deutschland beklagen.

Der Faktorpreisausgleich ist kein spontanes Ereignis, sondern eine langsam und beharrlich wirkende ökonomische Tendenz: eines der ehernen Gesetze der Ökonomie, die sich über Generationen hinweg durchsetzen. Bisherige Erfahrungen sprechen für eine Halbwertszeit von 35 Jahren bei der Schließung der Lohnlücken. Demnach werden die Lohnkosten je Stunde in den neuen EU-Ländern bis zum Jahr 2030 von ihren heutigen 13% bis auf 50% der westdeutschen Lohnkosten je Stunde anwachsen. Leider geht dabei die Konvergenz in der Regel in beide Richtungen. Die osteuropäischen Löhne werden schneller wachsen, als es ohne die Beseitigung des Eisernen Vorhangs der Fall wäre, und die deutschen Löhne werden langsamer wachsen, wenn sie nicht gar fallen.

Deutschland kann den Faktorpreisausgleich zu verlangsamen versuchen, indem es seinen Innovationsvorsprung ausbaut. Man kann so viel teurer sein, wie man besser bleibt. Die Stärkung der Grundlagenforschung, die Förderung von Innovationen und die Verbesserung von Schulen und Universitäten gehören zur Agenda einer rationalen Staatspolitik. Doch die Wettbewerber sind nicht auf den Kopf gefallen, und das technische Wissen, das Produktivitätsvorsprünge begründet, verbreitet sich in Windeseile. Niemand kann die Erfinder und Unternehmer daran hindern, ihre Patente in Polen und China zu verwerten. Es gibt Möglichkeiten, den Faktorpreisausgleich zu verlangsamen, indem wir besser werden, aber sie sind begrenzt.

Wenn wir jedoch versuchen, den Faktorpreisausgleich durch politische Macht zu verlangsamen, sei es durch die Macht der Gewerkschaften oder die Macht des Sozialstaates, dann entsteht zwangsläufig Massenarbeitslosigkeit.

5. Der verzweifelte Kampf gegen die Lohnkonvergenz

Vom Gesetz des Faktorpreisausgleichs haben die deutschen Arbeiter in der Nachkriegszeit stark profitieren können, als unser Land selbst noch am Boden lag und allmählich wieder in das Welthandelssystem integriert wurde. Damals waren sie die Niedriglöhner, die mit den Arbeitern anderer Länder konkurrierten. Die Konkurrenz mit den satten Amerikanern war eine schöne Sache. Da machte der Kapitalismus Spaß, und es gab keinen Grund, sich dem Gesetz des Faktorpreisausgleichs zu widersetzen. Am Wirtschaftswunder konnten sich viele erfreuen.

Schwieriger wurde die Sache erst in den siebziger Jahren, als wir den Amerikanern bereits nahe gekommen waren und als uns dann die Japaner die feinmechanische Industrie und die optische Industrie abspenstig

Das deutsche Rätsel

machten. Unlust verbreitete sich, als in den achtziger Jahren die vielen kleinen asiatischen Tiger dazukamen und nicht nur der Textilindustrie den Garaus machten, sondern uns auch bei der Elektronik und Elektrotechnik zusetzten.

Heute geht es um den Faktorpreisausgleich mit den ex-kommunistischen Ländern, deren Völker, insgesamt ein Drittel der Menschheit, mit Hungerlöhnen um das international mobile Kapital buhlen, und Katerstimmung ist angesagt. Allein China ist zehnmal so groß wie Japan. Die Chinesen stecken wir nicht so weg wie die Amerikaner seinerzeit uns. Wie auch ihre Kollegen in den anderen westlichen Ländern gehören die deutschen Arbeiter nun zu den Verlierern der Globalisierung, weil die Lohnkonkurrenz ihre Einkommen nach unten drückt, statt sie nach oben groß wie Japan zu ziehen.

Mit allem, was uns Deutschen heilig ist, stemmen wir uns deshalb heute gegen den Faktorpreisausgleich. Die Gewerkschaften verbarrikadieren sich für die große Verteidigungsschlacht, die Politik denkt über Mindestlöhne nach, und der Sozialstaat blockiert die nötigen Lohnanpassungen nach unten mit seinen Lohnersatzleistungen. Abgeleitet von den Löhnen der Vergangenheit bietet er mit dem Arbeitslosengeld, der Sozialhilfe und den Frühverrentungsmöglichkeiten vergleichsweise hohe Konkurrenzlöhne für das Nichtstun. Die private Wirtschaft kann diese Löhne wegen der internationalen Niedriglohnkonkurrenz nicht mehr überbieten, und sie mag es angesichts der eigenen Optionen im Osten auch nicht mehr. Von der Hochlohnkonkurrenz des deutschen Sozialstaates auf dem Arbeitsmarkt und der Niedriglohnkonkurrenz auf den internationalen Absatzmärkten in die Zange genommen, werden die deutschen Arbeitsplätze sukzessive aus dem Marktsystem herausgedrückt.

Mit der Lohnblockade werden aber auch die neuen Handelsgewinne blockiert, die Deutschland aus der Globalisierung und einer weiteren Spezialisierung seiner Produktion ziehen könnte. Handelsgewinne und Faktorpreisausgleich gehen stets Hand in Hand, weil Handelsgewinne aus der Spezialisierung eines Landes auf bestimmte Sektoren resultieren und die Spezialisierung nur dann funktioniert, wenn flexible Arbeitsmärkte die Feinsteuerung der Wanderung der Menschen zwischen den Sektoren ermöglichen. Man kann das eine nicht ohne das andere haben. Deshalb gibt es Handelsgewinne in der Regel nur in dem Sinne, dass die Gewinner mehr gewinnen, als die Verlierer verlieren. Der Kuchen wird größer, doch einige bekommen ein absolut kleineres Stück. Dass die Gesellschaft das nicht akzeptiert, wenn die Zahl der Verlierer groß und politisch gut organisiert ist, liegt auf der Hand. Das ist der Kern des deutschen Dilemmas.

Wegen der starren und hohen Löhne entfallen in den arbeitsintensiven Sektoren zu viele Arbeitsplätze, und zu wenig neue Arbeitsplätze entstehen an anderen Stellen der Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit steigt immer weiter, das Wachstum lahmt, und der Sozialstaat kommt angesichts der finanziellen Konsequenzen in die Krise. Von neuen Handelsgewinnen durch die

Osterweiterung der Union oder die Globalisierung keine Spur. Viele schöne Sprüche, die von der EU und sonst woher kommen, doch wenig dahinter.

6. Der Basar-Effekt im Export

Das ist übertrieben, mögen manche denken. Die deutsche Exportweltmeisterschaft, sei es auch nur eine Vizeweltmeisterschaft, passt nicht zu diesem düsteren Bild! Sie scheint zu beweisen, dass Deutschland wettbewerbsfähig ist und nur unter internen Nachfrageproblemen leidet, die durch keynesianische Politikmaßnahmen gelindert werden können.

Leider ist dieser Schluss aus zwei Gründen unzulässig. Erstens, weil die Entwicklung zur Basar-Ökonomie das Exportvolumen rechnerisch aufbläht, und zweitens, weil die Zunahme der Wertschöpfung im Export kein Indikator für volkswirtschaftliche Handelsgewinne ist.

Der erste Effekt ist einfach. Wenn ein Land sich, wie Deutschland es tut, auf Basar-Tätigkeiten im Sinne kundennaher Endstufen der Produktion spezialisiert und immer mehr Menschen dort arbeiten lässt, dann muss es huckepack mit der Ausdehnung der Wertschöpfung in diesen Stufen immer mehr Vorleistungen aus dem Ausland beziehen, die nach dem Import und der Weiterverarbeitung postwendend wieder exportiert werden. Im Jahr 1991 bestanden nach der Input-Output-Rechnung des Statistischen Bundesamtes durchschnittlich 27% der deutschen Exporte aus Importen von Vorleistungen und durchgehandelten Waren. Im Jahr 2002 waren es schon 39%.¹⁴ Der Marginaleffekt ist noch viel größer. Von jedem Euro, der für zusätzliche Exportmengen ausgegeben wird, werden bereits 53 Cent für den exportinduzierten Import ausgegeben.¹⁵ Das impliziert, dass ein Prozent Zunahme der realen exportinduzierten Wertschöpfung zu einer Ausweitung der Exportmengen um 1,3% führt. Die deutsche Wirtschaft wird quasi zum Durchlauferhitzer für Industrieprodukte, die auf ihrem Weg von der Slowakei nach Amerika die deutschen Statistiken passieren.

Hinzu kommt der zweite Effekt. Man darf nämlich nicht übersehen, dass nicht nur das Exportvolumen, sondern auch die Wertschöpfung im Export selbst, also das, was in Deutschland an Leistung für den Export erbracht wird und hier Einkommen erzeugt, ebenfalls sehr deutlich anwächst. Zwar nimmt der Anteil der heimischen Wertschöpfung pro exportiertem Stück ab, aber die Stückzahl wächst so stark, dass dieser Effekt überkompensiert wird. Die exportinduzierte Wertschöpfung wächst überdurchschnittlich schnell. Ein

14. Vgl. Statistisches Bundesamt (2004a, hier S. 4).

15. Vgl. Sinn (2005, S. 112).

Das deutsche Rätsel

immer größerer Teil der in Deutschland verdienten Einkommen entstammt dem Export.

Viele sehen dies als Beleg für Handelsgewinne und als Gegenbeweis gegen die These von der Basar-Ökonomie. Das Spektrum derer, die so denken, reicht vom Sachverständigenrat über einen Großteil der Medien bis hin zu den Fachministerien der Bundesregierung.¹⁶

Sie übersehen aber, dass die Exportgüter diejenigen Güter sind, auf die sich ein Land nach der Eröffnung des Handels spezialisiert. Spezialisierung heißt definitionsgemäß, dass Arbeitskräfte und Investitionskapital in die Exportproduktion wandern, so dass das dort verdiente Einkommen, eben die Wertschöpfung, überproportional steigt. Das gilt auch dann, wenn die Sektoren, auf die sich ein Land spezialisiert, die kundennahen Endstufen der Produktion, halt die Basare, sind. In jedem normalen Land, das an der Handelserweiterung beteiligt ist, die wir Globalisierung nennen, wächst die exportinduzierte Wertschöpfung schneller als die durchschnittliche Wertschöpfung, also schneller als das Inlandsprodukt. Dieses Faktum belegt zwar, dass Spezialisierung stattfindet, es sagt aber nichts darüber aus, ob die Spezialisierung gut oder schlecht ist und ob sie zu klein oder zu groß ist.

Volkswirtschaftliche Vorteile für Deutschland kann man aus der Zunahme der exportinduzierten Wertschöpfung schon deshalb nicht herleiten, weil die Arbeit und das Kapital, die in die Exportindustrie wandern, aus anderen Sektoren stammen, die ihre Produktion entsprechend verringern müssen. Wenn der Bauer mehr Gerste verkauft, weil er weniger Land für die Roggenproduktion verwendet, folgt daraus ja auch nicht, dass er damit seinen Gewinn steigert.

7. Pathologischer Exportboom: Zu viel Wertschöpfung im Export und zu viel Downstream-Aktivitäten

Volkswirtschaftliche Vorteile lassen sich aus dem Exportboom vor allem deshalb nicht ablesen, weil sich Deutschland wegen der Hochlohnpolitik der letzten Jahrzehnte geradezu in den Export geflüchtet hat. Nur vordergründig erweckt das Land den Eindruck, es komme mit dem Außenhandel gut zurecht. Ein Land, das seine Löhne über dem internationalen Wettbewerbsniveau festzurrt, ist zu einer übermäßigen Spezialisierung auf kapitalintensive Güter zu Lasten der arbeitsintensiven Güter gezwungen, weil es nur so im Wettbewerb überleben kann. Auf der Basis der

16. Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2004). Als Beispiele für die Position der Medien: Fricke (2004, S. 18) und Schieritz (2004, S. 16); vgl. auch Diekmann, Meurers und Felgentreu (2004, Fußnote 1).

außenhandelstheoretischen Festlohn-Modelle von Brecher und Davis lässt sich der formale Nachweis hierzu führen.¹⁷

Deutschland exportiert kapitalintensive Güter und importiert arbeitsintensive Güter inklusive der Dienstleistungen. Kapitalintensive Güter sind nicht nur Güter, die unter einem hohen Einsatz komplexer Maschinen und teurer Gebäude erstellt werden, aber relativ wenige Menschen bei der Produktion benötigen. Gemeint sind beispielsweise auch industrielle Massengüter, die in automatisierten Fertigungsstraßen erzeugt werden. Auch humankapitalintensive Güter mit hohen Anforderungen an das technische Wissen kann man zu dieser Kategorie rechnen. Arbeitsintensive Güter sind solche, bei denen die einfache menschliche Arbeitsleistung im Vordergrund steht. Das Spektrum reicht von Textilien bis zu persönlichen Dienstleistungen, wie sie im Tourismus angeboten werden.

Die Spezialisierung auf kapitalintensive Güter ist zwar prinzipiell auch bei einer gesunden Handelsentwicklung zu erwarten. Doch zeigt die wachsende Arbeitslosigkeit, dass die Löhne über dem markträumenden Niveau liegen, was im Hinblick auf die Spezialisierung und die internationale Arbeitsteilung offenkundige Konsequenzen hat. Die hohen und starren deutschen Löhne haben die arbeitsintensive Produktion über das gesunde Maß hinaus vernichtet und das Land gezwungen, seine Bedürfnisse durch wachsende Importe zu befriedigen. Zu viel Arbeit und Kapital wurde in den arbeitsintensiven Branchen freigesetzt. Die freigesetzten Produktionsfaktoren drängten in die kapitalintensiven Exportsektoren, die noch am ehesten mit den hohen Löhnen zurechtkamen. Der Export boomt deshalb, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Exportmengen, sondern auch im Hinblick auf die exportinduzierte Wertschöpfung.

Der Boom hat pathologische Züge, weil die kapitalintensiven Sektoren zwar das Kapital, nicht aber die vielen Menschen, die in den arbeitsintensiven Sektoren freigesetzt wurden, aufnehmen können. Die Arbeitslosigkeit wächst, und da Arbeitslose keine Werte schaffen, erlahmt das Wachstum.

Bei starren Löhnen bringt die Handelsausweitung möglicherweise nicht einmal zusätzliche Handelsgewinne mit sich. Das ist dann zu befürchten, wenn die Lohnstarrheit sich in eine Starrheit der internationalen Austauschrelationen überträgt. Mehr Handelsgewinne gibt es immer nur, wenn der Handel die Austauschrelationen weiter von der Autarkielage fortbewegt. Sind die Austauschrelationen konstant und fällt die Beschäftigung, so dass das Land unterhalb seiner Produktionsmöglichkeiten agiert, dann verringern sich die Handelsgewinne.

Bei einer wettbewerblichen Lohnfindung, die zu niedrigeren Löhnen geführt hätte, wäre die Entwicklung anders verlaufen. Wegen der niedrigeren Löhne hätten sich größere Teile der arbeitsintensiven Branchen für längere

17. Vgl. Brecher (1974), Davis (1998) und Landmann und Pflüger (1998).

Das deutsche Rätsel

Zeit halten können, und gleichzeitig hätten alle Branchen einen Anreiz gehabt, weniger kapitalintensive Produktionsverfahren zu wählen, also mehr Menschen statt Maschinen zu beschäftigen. Aus beiden Gründen wäre die Arbeitslosigkeit vermieden worden, die Spezialisierung auf die kapitalintensiven Branchen wäre geringer gewesen, die Wertschöpfung im Export wäre ebenfalls kleiner gewesen, und Deutschland wäre beim Wachstum nicht das EU-Schlusslicht. Es hätte die Handelsgewinne, die es bislang schon dem Außenhandel verdankt, weiter ausbauen können.

Zu den arbeitsintensiven Branchen, die in Deutschland durch Importe ersetzt wurden, gehörten in der Vergangenheit die Textilindustrie, die Lederindustrie oder auch die feinmechanische Industrie. Sie spielen als Arbeitgeber kaum noch eine Rolle. Während 1960 das Textilgewerbe noch 721.000 Erwerbstätige hatte und das Ledergewerbe 267.000, zählte man im Jahr 2003 im Textilgewerbe nur noch 128.000 und im Ledergewerbe 28.000 Erwerbstätige.¹⁸ Vor allem aber sind die haushaltsnahen Dienstleistungen verloren gegangen, in denen früher ein erheblicher Teil der Deutschen beschäftigt war.

Roman Herzog meint, die Deutschen erbrächten keine Dienstleistungen, weil sie nicht dienen wollen. Aber der Wille hat nicht immer gefehlt. Dass er heute fehlt, ist das Ergebnis der Hochlohnpolitik der Gewerkschaften und der Lohnkonkurrenz des Sozialstaates. Die Deutschen sind sich gegenseitig zu teuer geworden, als dass sie noch bereit wären, einander die Leistungen abzukaufen, die sie anzubieten haben.

Stattdessen weichen sie auf den Kauf von Industriegütern und auf ausländische Dienstleistungen aus. Die Putzfrau kommt aus Polen statt aus Potsdam, der Taxifahrer aus der Türkei statt aus Telgte, und Muße sucht man auf Mallorca statt an der Müritz. Mitten in seiner Wirtschaftsflaute wurde Deutschland im Jahr 2004 Weltmeister beim Warenexport und beim Import touristischer Dienstleistungen zugleich.¹⁹

8. Zu viel Wertschöpfung im Export und zu viel Exportvolumen pro Einheit Wertschöpfung

Im Modell von Brecher und Davis sind die Wirtschaftssektoren, zwischen denen die übermäßige Faktorwanderung stattfindet, die üblichen Sektoren des Heckscher-Ohlin-Modells, also vertikal integrierte Leistungsketten, wie man sie mit Begriffen wie Textil- oder Automobilindustrie kennzeichnet und wie sie in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auftauchen. Heute findet die Sektorwanderung aber, und das ist das eigentlich Neue in

18. Vgl. Statistisches Bundesamt (2005b, S. 171, und 1995, S. 190 und S. 194).

19. Vgl. Deutsche Bundesbank (2005a, S. 20), Deutsche Bundesbank (2005b, S. 6) und Bureau of Economic Analysis (2004).

dieser historischen Phase der deutschen Wirtschaftsentwicklung, vor allem auch zwischen verschiedenen Teilen solcher Ketten selbst statt. Die kundennahen Endstufen der Produktion, also die Downstream-Aktivitäten, sind nämlich in der Regel kapitalintensiver als die kundenfernen Upstream-Aktivitäten. Bei den Upstream-Aktivitäten wird noch vergleichsweise viel Handarbeit geleistet. Sie fallen dem Outsourcing als erstes zum Opfer. Bei den Downstream-Sektoren wird demgegenüber viel Kapital eingesetzt. Pro Arbeitnehmer wird im Sinne der temporalen Kapitaltheorie Böhm-Bawerks viel Lagerkapital für Vorleistungen gebunden, die bereits viele Glieder der Wertschöpfungskette durchlaufen haben und entsprechend teuer sind. Außerdem wird die Produktpalette von dort aus dirigiert, was viele human-kapitalintensive Tätigkeiten im Bereich des Design, der Ingenieurleistungen, des Marketing und des Handels impliziert. Die deutsche Hochlohnpolitik hat auch zu einer Wanderung der Produktionsfaktoren von den Upstream- in die Downstream-Aktivitäten geführt, die über das gesunde Maß hinausging.

Schon der normale Basar-Effekt, wie er als Ergebnis einer gesunden, mit Vollbeschäftigung kompatiblen Spezialisierung des Landes zu erwarten ist, hätte die Exportmengen schneller als die exportinduzierte Wertschöpfung ansteigen lassen. Aber dieser Effekt wurde durch die Lohnstarrheit verstärkt, so wie diese Starrheit über den Brecher-Davis-Effekt auch die Kapitalwanderung zwischen den arbeits- und den kapitalintensiven Produktionsketten verstärkt hat. Die oben genannte Elastizität des Exportvolumens bezüglich der exportinduzierten Wertschöpfung von 1,3 ist wegen der Lohnstarrheit zu hoch.

Es ist demnach in Deutschland zu zwei pathologischen Übertreibungen von Entwicklungen gekommen, die im Grundsatz auch das Kennzeichen einer gesunden Reaktion auf die Kräfte der Globalisierung sind. Zum einen hat sich die Wertschöpfung im Export zu rasch entwickelt, und zum anderen war der Basar-Effekt, der eine Elastizität der Exportmengen bezüglich der Wertschöpfung von mehr als eins impliziert, zu stark. Aus beiden Gründen stiegen die Exporte zu schnell. Der Exportboom ist im Verein mit einer zunehmenden Arbeitslosigkeit und einer wirtschaftlichen Stagnation des Restes der Wirtschaft das normale Krankheitsbild eines Hochlohnlandes, das außerstande ist, die Kräfte der Globalisierung zum eigenen Vorteil zu nutzen. Das ist die traurige Lösung des deutschen Rätsels.

9. Aber der Außenhandelsüberschuss!

Hartnäckige Reformgegner mögen diese Erklärung von sich weisen und mit dem Hinweis auf den deutschen Außenhandelsüberschuss zu kontern versuchen. Da die Exporte auch steigen, wenn man sie um alle Importe bereinigt, scheint Deutschland gerade heute Globalisierungsgewinner zu sein. Doch auch dieser Schein trügt.

Auf den ersten Blick ist es zwar plausibel zu sagen, dass ein Land wettbewerbsfähig ist, wenn es mehr exportiert, als es importiert. Die Naivität dieser

Das deutsche Rätsel

Sicht wird aber schnell klar, wenn man bedenkt, dass ein Land den Überschuss seiner Exporte über die Importe dem Ausland nur schenken oder leihen kann. Die Devisen, die es verdient, ohne sie wieder für Importe auszugeben, werden zu einem kleinen Teil als Entwicklungshilfe, EU-Beiträge und sonstiges verschenkt. Der Löwenanteil wird im Ausland investiert. Auf jeden Fall sind Nettogüterexport und Nettokapitalabfluss ein und dasselbe.

Zu Deutschlands Problemen gehört, dass die Investoren nicht mehr bereit sind, die wachsenden Ersparnisse der Bürger für die Finanzierung inländischer Projekte abzurufen. Der Überschuss der Ersparnisse über die Investitionen wird über die internationalen Kapitalmärkte in andere Länder exportiert. Dieser Überschuss ist zugleich ein Überschuss des nicht konsumierten Teils des Sozialprodukts über die Investitionsgüternachfrage, der ins Ausland wandert. Wer hierin ein Zeichen von Wettbewerbsfähigkeit zu erkennen glaubt, zeigt nur, wie groß das Erkenntnisproblem der Deutschen tatsächlich ist.

In Wahrheit ist der Nettokapital- und Nettogüterabfluss aus einem Land mit starren Löhnen, die technische Substitutionsprozesse verhindern, ein Maß für die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland. Die Ersparnis, die hier nicht investiert wird, geht dem heimischen Arbeitsmarkt verloren.

Nun komme man nicht mit der positiven Direktinvestitionsstatistik. Direktinvestitionen sind nur ein kleiner Teil der internationalen Kapitalströme. Im Nettoabfluss an Kapital, der durch die Differenz zwischen Güterexporten und Güterimporten gemessen wird, sind die Direktinvestitionen bereits enthalten. Das Finanzkapital, das über die Banken fließt, macht, wie erwähnt, den Löwenanteil des internationalen Kapitalverkehrs aus. Im Übrigen messen Direktinvestitionen nicht das, was man landläufig meint. Sie messen zum Teil Käufe bereits existierender Unternehmen, zum Beispiel den Ausverkauf der deutschen Pharmaindustrie an die Franzosen. Vor allem messen sie aber die Gewinneinbehaltung seitens ausländischer Unternehmen, die bereits in Deutschland ansässig sind, zu welchem Zweck auch immer diese Gewinne einbehalten werden. Wenn IBM Deutschland seine Gewinne nicht an die Muttergesellschaft ausschüttet, sondern sie auf dem internationalen Kapitalmarkt anlegt und auf diese Weise die Bankkredite für eine Fabrik in Finnland finanziert, dann wird das in der Statistik als Direktinvestition in Deutschland gezählt.

10. Was tun?

Deutschland kann die Kräfte der Globalisierung in dieser historischen Entwicklungsphase nicht in zusätzliche Handelsgewinne umsetzen, weil es sich an Lohnstrukturen klammert, die aus der Zeit vor der Beteiligung der ex-kommunistischen Länder am Welthandel stammen. Diese Strategie kann unser Land nicht mehr lange durchhalten, weil sie zu Stagnation, Massenarbeitslosigkeit und Chaos führt. Was folgt daraus für die Politik?

Es wäre fatal, wenn sie den Schluss zöge, man müsse die Kräfte der Globalisierung durch einen neuen Handelsprotektionismus abschwächen, um den Druck auf die deutschen Löhne auf diese Weise zu verringern. Ein neuer Protektionismus würde auch die alten Handelsgewinne aufs Spiel setzen, denen Deutschland seinen Wohlstand bis zum heutigen Tage maßgeblich verdankt. Davor kann man nicht intensiv genug warnen. Wer Zölle fordert und behauptet, das sei kein Protektionismus, weiß nicht, wovon er redet.

Genauso fatal wäre es, wenn die Politik mithelfen würde, Mindestlöhne durchzusetzen. Eine Politik der Ausdehnung des Entsendegesetzes und der Allgemeinverbindlichkeitserklärungen für Tarifverträge würde Handelsgewinne verhindern, die Arbeitslosigkeit vergrößern und das Siechtum der deutschen Wirtschaft verlängern. Sie würde den Marsch auf dem Irrweg, den Deutschland seit Jahrzehnten gegangen ist und der zu den wirtschaftlichen Problemen des Landes geführt hat, weiter beschleunigen.

Richtig wäre die Förderung des Bildungswesens, damit wir wieder besser werden. Das wird aber nur langfristig helfen und enthebt uns nicht der Notwendigkeit, den Arbeitsmarkt flottzumachen. Die Bildungspolitik wird in Deutschland immer wieder als Ablenkungsmanöver propagiert, um den schmerzlichen Reformen am Arbeitsmarkt ausweichen zu können. Angebot und Nachfrage passen zu herrschenden Löhnen nicht zusammen, und um zum Gleichgewicht zu kommen, will man die Nachfrage- und Angebotskurven durch politische Maßnahmen verschieben, anstatt den Preis auf das markträumende Niveau fallen zu lassen. Das hat mit marktwirtschaftlichen Anpassungsprozessen wenig zu tun.

Die einzige, schon auf mittlere Sicht Erfolg versprechende Politikreaktion liegt in der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte im Verein mit einer Politik, die die Verlierer der notwendigen Lohnanpassungen kompensiert. Dazu gibt es keine Alternative.

Die gering Qualifizierten, die am meisten verlieren, sollten durch persönliche Lohnzuschüsse kompensiert werden. Das auch vom Bundespräsidenten empfohlene Modell der Aktivierenden Sozialhilfe, das die staatlichen Lohnersatzleistungen für diese Zwecke umfunktioniert (und deshalb kein Geld kostet), weist den richtigen Weg. Dieses System ist dem amerikanischen Earned Income Tax Credit nachempfunden und an die deutschen Verhältnisse angepasst. Es wurde bereits im Jahr 2002 vom ifo Institut vorgestellt und diente als Grundlage des im Jahr 2003 mehrheitlich vom Bundesrat angenommenen, dann aber am Vermittlungsausschuss gescheiterten Existenzgrundlagengesetzes.²⁰ Es führt zu einer automatischen Lohnergänzung bei Geringverdienern auf dem Wege einer negativen Einkommensteuer, vermeidet Einkommensverluste am unteren Rand der

20. Vgl. Sinn, Holzner, Meister, Ochel und Werding (2002) und Bundestagsdrucksache (2003).

Das deutsche Rätsel

Einkommensverteilung, senkt den Transferentzug auf massive Weise und ist so austariert, dass es im Vergleich zum Hartz-IV-Modell zu einer Entlastung der öffentlichen Haushalte führt. Die Ausgangslage eines Systems, bei dem Millionen von Arbeitslosen dauerhaft zu 100% vom Staat finanziert werden, ist so hoffnungslos ineffizient, dass es möglich ist, eine annähernd Pareto-verbessernde Reform zu definieren, bei der Millionen von Menschen dauerhaft vom Staat bezuschusst werden. Die Aktivierende Sozialhilfe tut genau das.

Außerdem sollte man alle Arbeitnehmer an den Handels- und Umverteilungsgewinnen der Unternehmen teilhaben lassen, die aus dem Faktorpreisausgleich resultieren. Die Modelle zur Mitbeteiligung der Arbeitnehmer an ihren Unternehmen sind ausgereift und funktionieren. Die Tarifpartner sollten in Zukunft zunehmend Sparlöhne anstelle von Barlöhnen vereinbaren. Wenn dabei zugleich zwischen bereits beschäftigten und neu einzustellenden Arbeitnehmern unterschieden wird, kann es gelingen, den Verteilungskonflikt, den die Globalisierung herbeigeführt hat, zu entschärfen und die Beschäftigung zu erhöhen.

Deutschland kann seine Verteilungsziele immer nur mit und nie gegen die Gesetze der Marktwirtschaft erreichen. Politische Macht kann ökonomische Gesetze nicht aushebeln, schon gar nicht das Gesetz des Faktorpreisausgleichs. Wenn die Deutschen in dieser Hinsicht ein bisschen marxistischer denken würden, kämen sie der Lösung ihrer ökonomischen Probleme bereits einen großen Schritt näher.

Literaturverzeichnis

- Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute (2004), Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2004, *ifo Schnelldienst* 57, Nr. 8.
- Arbeitsgemeinschaft Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2005), Datenbank 2005.
- Brecher, R.A. (1974), Minimum Wage Rates and the Pure Theory of International Trade, *The Quarterly Journal of Economics* 88, 98–116.
- Bundestagsdrucksache (2003), 15/1523, Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Existenzgrundlagen (Existenzgrundlagengesetz – EGG). <http://www.dip.bundestag.de/btd/15/015/1501523.pdf>.
- Bureau of Economic Analysis (2005), *US International Trade in Goods and Services*. Annual Revision for 2004.
- Davis, D.R. (1998), Does European Unemployment Prop up American Wages? National Labor Markets and Global Trade, *American Economic Review* 88, 478–494.
- Deutsche Bundesbank (2004), *Kapitalverflechtung mit dem Ausland*, Statistische Sonderveröffentlichung 10.
- Deutsche Bundesbank (2005a), *Zahlungsbilanzstatistik*, September.
- Deutsche Bundesbank (2005b), *Devisenkursstatistik*, Juli.
- Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) (2005), *Investitionen im Ausland, Ergebnisse einer DIHK-Umfrage bei den Industrie- und Handelskammern*. Frühjahr 2005.

- Diekmann, B., M. Meurers und N. Felgentreu (2004), *Basarökonomie Deutschland?* Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Wirtschaftsanalysen Nr. 4.
- Eurostat, Datenbank (2005), *Wirtschaft und Finanzen, Direktinvestitionsbestände der EU, Aufgliederung nach Land und nach Wirtschaftszweig*, Eurostat, Luxemburg.
- Fricke, T. (2004), Deutscher Weltmeistertitel kommt manchem ungelegen, *Financial Times Deutschland*, 6. April.
- Landmann, O. und M. Pflüger (1998), Verteilung und Außenwirtschaft: Verteilungswirkungen der Globalisierung, in: B. Gahlen, H. Hesse und H.-J. Ramser (Hrsg.), *Verteilungsprobleme der Gegenwart. Diagnose und Therapie*. Wirtschaftswissenschaftliches Seminar Ottobeuren, Band 27, Mohr Siebeck, Tübingen, 127–157.
- OECD (2005), *Database National Accounts – Volume I – Main Aggregates*. Release 2, OECD, Paris.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2004), *Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland*. Jahresgutachten 2004/2005, Wiesbaden.
- Schieritz, M. (2004), Banker zweifeln an Basar-Ökonomie, *Financial Times Deutschland*, 16. Juli.
- Sinn, H.-W. (2005), *Die Basar-Ökonomie. Deutschland: Exportweltmeister oder Schlusslicht?* Econ, Berlin.
- Sinn, H.-W., C. Holzner, W. Meister, W. Ochel und M. Werding (2002), Aktivierende Sozialhilfe – Ein Weg zu mehr Beschäftigung und Wachstum, Sonderheft, *ifo Schnelldienst* 55, Nr. 9.
- Statistisches Bundesamt (1995), *Fachserie 18, Reihe S.19, Ergebnisse für Wirtschaftsbereiche*. Sonderveröffentlichung, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2004a), *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Input-Output-Rechnung. Importabhängigkeit der deutschen Exporte 1991, 1995, 2000 und 2002*. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2005a), *Fachserie 18, Reihe S. 26, Revidierte Jahresergebnisse 1991 bis 2004*. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2005b), *Fachserie 18, Reihe 1.4, Inlandsproduktsberechnung: Detaillierte Jahresergebnisse*. Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.
- WTO (2005), *World Trade Report 2005*, Press Release.

Abstract: *The article advances the hypothesis that Germany is unable to increase its gains from trade despite increasing trading volumes. High and rigid German wages largely result from the minimum wage constraint imposed by a welfare state that offers generous replacement incomes. Confronted by low-wage competition from post-communist countries, Germany overspecializes in capital intensive goods, which creates a pathological export boom in terms of added value produced in exports. In addition, the country overspecializes in downstream activities, which implies that export quantities grow faster than value added. The reasons which induce extremely high exports are the same as those which cause unemployment to rise and the economy to stagnate.*